

Nicht mehr Amboss, sondern Hammer

Eindrucksvolle Kundgebung einer gemeinsamen Funktionärkonferenz der beiden Arbeiterparteien des Bezirkes Halle-Merseburg für die Einigungsplattform von Berlin

Am Sonnabend tagte im Volkspark zu Halle eine Konferenz der Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei des Bezirkes Halle-Merseburg. Sie war außerordentlich stark besucht. Im besonderen waren die ländlichen Ortsvereine, und zwar bis zum letzten Winkel des Bezirkes sehr stark vertreten. Nach den beiden Referaten der Genossen Böttge und Koenen wurden die Berliner Beschlüsse zur Aussprache gestellt. Daran beteiligten sich Vertreter der größten Betriebe des Bezirkes. In völliger Geschlossenheit wurde am Schluß folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung

Die Spitzenfunktionäre der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei aus dem Bezirk Halle-Merseburg haben am 5. Januar 1946 nach den ausführlichen Referaten der Genossen Böttge und Koenen zur gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD am 20. und 21. Dezember 1945 und zu der dort gefaßten Entschließung Stellung genommen.

Die Spitzenfunktionäre begrüßen lebhaft das Ergebnis dieser Zusammenkunft und geloben in ihrem Arbeitsbereich im Sinne dieser Entschließung die Einheit der Parteien so vorzubereiten, daß die eingesetzte Studienkommission in kurzer Zeit zu einem positiven Ergebnis kommen kann.

Im Bezirk Magdeburg fand bereits am 31. Dezember eine große Funktionärkonferenz beider Parteien statt, auf der die Entschließung einstimmig angenommen wurde, welche am 28. Dezember von den Spitzenfunktionären des Bezirkes Halle-Merseburg beschlossen wurde.

Die Funktionäre des Bezirkes Anhalt-Dessau nahmen am 6. Januar zu den Berliner Beschlüssen Stellung. Auch dort wurde den Hallischen Entschließungen einmütig zugestimmt.

Das Referat des Genossen Böttge, SPD

Genossen der KPD und der SPD! In zurückliegenden Jahre ging das „einmalige Reich“ Hitlers zu Ende. Als dieser „einmalige“ Führer — wie ihn Goebbels nannte — den Krieg vom Zaune brach, zogen Millionen junger Deutscher ins Feld.

Nach am 30. Januar 1945 legten Hitler und Goebbels das deutsche Volk in einer Unverfrorenheit an, wie es nur rückläufige Berufsverbrecher tun können. Sie sagten: „Der Erfolg ist nicht ausbleiben und wird auch in Zukunft nicht ausbleiben“. Wir wissen ja selbst am besten, wie es in Wirklichkeit gekommen ist. Der sogenannte „Blitzkrieg“ gegen Polen ging zu Ende und die weiteren „Blitzkriege“, die Goebbels prophezeigte, änderten nichts daran, daß wir einen außerordentlich verlustreichen Krieg hinter uns haben. Damals kamen die furchtbaren Niederlagen vor Moskau, Stalingrad und Leningrad. Die deutschen Truppen wurden aus Afrika hinausgeworfen, die Westmächte landeten in Europa, der „überwundene“ Atlantikwall wurde bezwungen, der Westwall durchbrochen und die Truppen der Westmächte trafen sich mit den Truppen der siegreichen Roten Armee im Herzen Deutschlands. Noch klaffen die Wunden, die der Nazismus den Völkern der Welt und dem deutschen Volke schlug. 1914—1918 und 1933 bis 1945, das sind Meilensteine in der traurigen Geschichte Deutschlands der letzten 20 Jahre.

Im Jahre 1945 ging der zweite 30jährige Krieg in Deutschland zu Ende mit dem furchtbaren Zusammenbruch Deutschlands. Es ist das erstmalig in der deutschen Geschichte, daß sich das deutsche Volk nicht mehr allein retten darf. Tiefer kann kein Volk sinken. Das Jahr 1945 hat uns den tiefsten Verfall gebracht. Aber kurz vor Jahresschluß, kurz vor der ersten Friedensweihnacht,

erreichte uns eine frohe Kunde aus Berlin.

Am 20. und 21. Dezember 1945 traten in Berlin die Spitzenfunktionäre der beiden Arbeiterparteien zu einer Besprechung zusammen um Wege zu suchen, die zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei führen.

Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte,

Meldung von Volksherrn beim FDGB

Die zahlreichen Meldungen, die beim FDGB für den Volksherrn eingehen, veranlassen uns, auf folgendes hinzuweisen:

Die Gewerkschafter, die in der Provinz wohnhaft sind, stellen ihre Anträge zweckmäßig an die zuständigen Orts- bzw. Gebietsausschüsse des FDGB der Provinzialverwaltung in Halle kann bei schriftlichen Anträgen von außerhalb keine rechtzeitige und ausführliche Beantwortung zusichern. Andernfalls müßten die einlaufenden schriftlichen Anträge wieder an die betreffenden Orte zurückgeschickt werden, was nur eine unnötige Belastung der Post bedeute.

Provinzialausschuß des FDGB der Provinz Sachsen.

der 21. Dezember 1945 wird in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung historische Bedeutung erlangen. — 30 lange Jahre währt die unspilige Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Wir kennen das Leid und das Unglück, welches diese Uneinigkeit über die Völker Europas gebracht hat. Wir wissen aber auch, daß dieser lange Bruderkampf die Ursache war, daß im Zeitraum einer Generation die ewigen Unruhestifter, die Reaktionsäre aller Schattierungen, die Völker der Welt zweimal in einen Weltkrieg stürzten und damit das Schicksal Deutschlands als freie Nation besiegelten.

Nun treten nach 30 Jahren zum erstmaligen wieder in Berlin die Vertreter der beiden Arbeiterparteien zusammen, um den gemeinsamen Weg zu suchen, der zur Einheit der deutschen Arbeiterparteien führt.

Gewiß waren wir uns im Bezirk schon immer einig darüber, daß am Ende des gemeinsamen Weges der Aktionseinheit einmal die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklassen stehen mußte. Aber die gemeinsame Entschließung von Berlin zeigt uns den neuen Weg. Am Anfang dieses neuen Weges steht ein Richtungsweiser, der die Inschrift trägt: „Zur Einheit Deutschlands“

Der imperialistische Krieg 1914/1918 erschütterte das kapitalistische Wirtschaftssystem der Welt, löste tiegehende politische und ökonomische Krisen aus und revolutionierte die Völker. Der Weltkrieg 1914/18 und der folgende Zusammenbruch rüttelte damals die deutsche Arbeiterschaft auf revolutionären Tat auf. Die Arbeiterschaft ergriff die politische Macht. Statt aber alle proletarischen Kräfte zusammenzufassen und kühn den gleichen Weg zu gehen wie die russische Arbeiterklasse 1917 und die folgenden Jahre, wurde sehr bald Koalitionspolitik getrieben mit dem Bürgertum. Dadurch wurde die schon während des Krieges offene zutage tretende Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung noch vertieft. Die Uneinigkeit der Arbeiterklasse führte zu einer Schwächung des Proletariats und zu einem Erstarren der Kontrovervation.

Ziehen wir aus alledem nur die einzige Lehre: Wenn es jetzt nicht gelingt, daß die deutsche Arbeiterklasse zur Herrschaft kommt, dann wird sie wieder beherrscht werden von jenen reaktionären Kräften, die nicht leben können ohne die Menschheit unglücklich zu machen. Am Rande sei nur vermerkt, daß dies alles sich auf dem Boden der formalen Demokratie abspielte, daß die Reaktion uns schlug mit den Waffen der Demokratie.

Friedrich Engels sagt einmal: „In Deutschland sind wir immer zu spät gekommen.“ Ist auch wir das. Die Zeit der Entscheidung ist

da — die historische Stunde der deutschen Arbeiterbewegung ist gekommen. Wir müssen unser Deutschland wieder aufbauen. Das kann nur durch die geeinte deutsche Arbeiterbewegung geschehen. Jeder Streit lenkt ab von den großen Aufgaben, die der Arbeiterbewegung gestellt sind. Es geht doch um unser gesamtes Volk.

Es geht um Deutschland.

Es geht darum, die Trümmerhaufen unserer Städte jetzt gemeinsam zu beseitigen. Jetzt oder nie muß die Arbeiterbewegung ihre Stellungen beziehen. Das Schwere der letzten Jahre und unsere unendlich großen Opfer dürfen nicht vergeblich gewesen sein. Sind wir nicht monatelang schon den gemeinsamen Weg der Aktionseinheit gegangen?

Das Jahr 1945 ist für das deutsche Volk ein außerordentlich bewegtes Jahr gewesen. Der großwahnsinnige Geißerte hat tatsächlich das deutsche Volk bis 5 Minuten nach 12 kämpfen lassen. Diese Verbrechen ließen das Volk in hoffnungsloser Lage zurück. Der gesamte Verwaltungsapparat war zerschlagen, das Wirtschaftsleben stand still, jede staatliche und gesellschaftliche Funktion setzte aus. Unsere Städte sind ein Trümmerhaufen. Uns fehlten die notwendigen Lebensmittel und der Hunger stand vor der Tür. In den Kriegsgebieten in Deutschland lag die heranwachsende Ernte zertrampelt auf den Feldern. Unsere Dörfer waren verödet und auf den Straßen irrten tausende von Flüchtlingen in eine hoffnungslose Zukunft. Aber es trat keine Anarchie ein, weil wieder einmal die deutsche Arbeiterschaft in die Bresche sprang und überall versuchte Ordnung zu schaffen. Und in dieses Chaos hinein tönten wie ein neuer Hoffnungsstrahl die Worte des Generalissimus Stalin: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat aber bleiben.“

Es ist uns gelungen, das öffentliche Leben wieder zu normalisieren. Die Produktion ist wieder angefangen. Erst zaghaft und noch be-

Die Durchführung der Gewerkschaftswahlen

Wie es nicht gemacht werden soll!

In einer Anzahl von Versammlungen, die zur Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen abgehalten wurden, haben sich Mängel ergeben, die unbedingt beseitigt werden müssen. Oberster Grundsatz der durchzuführenden Gewerkschaftswahlen soll sein, daß alle Vorbereitungen den demokratischen Grundsätzen entsprechen. Wir können feststellen, daß diese demokratischen Prinzipien in einer ganzen Reihe von Versammlungen und Besprechungen nicht gewahrt worden sind. Das führt zu Unzuträglichkeiten, die im Interesse der Einheit der Gewerkschaftsbewegung unterbleiben müssen. Um an einem Beispiel zu zeigen, wie Versammlungen zur Aufstellung von Kandidaten nicht durchgeführt werden dürfen, nehmen wir die Versammlung eines Betriebes in Weidenfels.

In diesem Betrieb sind:

1. 350 Arbeiter organisiert. In der Versammlung waren 120 anwesend.

2. Ueber die Kandidaten zu dem Wahlausschuß wurde von der Versammlung nicht abgestimmt.

3. Die Kandidaten für die Kreiskonferenz wurden ohne Diskussion aufgestellt.

4. Die Abstimmung über die vorgeschlagenen Kandidaten ergab eine bedeutend geringe Stimmenabgabe, als Mitglieder in der Versammlung anwesend waren.

5. Nach erfolgter Abstimmung fiel der Versammlungsleiter ein, daß sich keine Frau auf der Kandidatenliste befand. Seitens der Versammlungsleitung wurde nachträglich eine Frau aufgestellt und eine Wiederholung der Abstimmung vorgenommen.

Das waren die besonderen Merkmale dieser Versammlung. In einer Versammlung, in der von 350 Gewerkschaftsmitgliedern nur 120 anwesend sind, kann niemals eine den demokratischen Grundsätzen entsprechende Aufstellung von Kandidaten erfolgen. Die verantwortlichen Funktionäre mußten in diesem Fall eine Wiederholung der Versammlung durchführen, zu der mindestens 300 Mitglieder anwesend sein mußten.

Die Vorbereitung der Versammlung ist Aufgabe der Betriebsfunktionäre, die unter der Mitgliedschaft für den restlosen Besuch der

Mitglieder Sorge tragen müssen. Da nach den Wahlanweisungen der Organisationsabteilung die Wahlausschüsse in den Mitgliederversammlungen zu wählen sind, muß selbstverständlich über die vorgeschlagenen Kandidaten durch die Versammlung abgestimmt werden. Des weiteren verweisen wir noch darauf, daß in den Selbstverständlichkeit ist es, daß die Kollegen nicht sollen, die als Kandidaten zu dem Betriebsausschuß oder zur Kreiskonferenz aufgestellt sind. In den Versammlungen soll und muß bei der Kandidatenaufstellung seitens der Mitglieder über die betreffenden Personen diskutiert werden. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen selbst schon in dieser vorbereitenden Versammlung über die Qualitäten der Kandidaten ihr Urteil abgeben. Man soll das, was

die vorgeschlagenen Kandidaten für die Gewerkschaftsbewegung und für die Interessen der Mitglieder in den Betrieben geleistet haben, zum Ausdruck bringen, um so für die Gesamtheit der Versammlungsteilnehmer ein gewisses Urteilsvermögen vorzubereiten. Es ist völlig ausgeschlossen, daß nach erfolgter Abstimmung und Annahme der vorgeschlagenen Kandidaten fünf Minuten später neue Vorschläge für die Kandidatenliste angenommen werden können und eine nochmalige Abstimmung erfolgt.

In der oben angeführten Versammlung erhielt der Spitzenkandidat nur 60 Stimmen, die folgenden Kandidaten noch weniger.

Warum stimmten nicht mehr Mitglieder für die vorgeschlagenen Kandidaten!

Wie es gemacht werden soll!

Zu jeder Versammlung zur Aufstellung von Kandidaten müssen mindestens 70—80 Prozent der Mitglieder anwesend sein. Die Versammlungsleitung hat die Versammlung den demokratischen Prinzipien entsprechend durchzuführen. Die gewerkschaftlichen Anweisungen zur Kandidatenaufstellung sind genau zu beachten. Es muß in diesen Versammlungen über die Aufgaben und Grundsätze der Gewerkschaften gesprochen und diskutiert werden. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß die Kollegen, die irgendwelche Vorschläge von Delegierten machen, diese Vorschläge auch begründen. Bei den Vorschlägen sollen nicht nur Kandidaten einer politischen Richtung aufgestellt werden, sondern, wenn in dem Betrieb gute Gewerkschafter vorhanden sind, die entsprechend den Grundsätzen der Gewerkschaftsbewegung aktiv in derselben mitarbeiten, so sollen auch diese berücksichtigt werden.

Es darf nicht so sein, daß in einem Betrieb, in dem zufällig in der Mitgliederversammlung die Mehrheit Kommunisten sind, nur die Kommunisten als Kandidaten aufgestellt werden. Das gleiche gilt für den anderen Betrieb, in dem zufällig mehr Sozialdemokraten anwesend sind, und infolgedessen lauter Sozialdemokraten als Kandidaten aufgestellt werden. Die Gewerkschaftsbewegung bildet eine Ein-

heit, in der alle politischen Richtungen der vier antifaschistischen Parteien vertreten sind. Diese Tatsache muß auch ihren Niederschlag bei der Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerkschaftswahlen finden.

Wenn in irgendeinem Betrieb gegen diese Richtlinien verstoßen wird, so ist die Kandidatenaufstellung zu wiederholen.

Die besten und aktivsten Gewerkschafter sollen kandidieren, d. h. diejenigen, die in den vergangenen Monaten an dem Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation wesentlichen Anteil hatten und die Interessen der Mitglieder innerhalb des Betriebes und nach außen vertreten, sind die geeignetsten Kandidaten. Es muß noch eine viel intensivere Aktivierung der Mitglieder für die Gewerkschaftswahlen erfolgen. Plakate und Losungen sollen in den Betrieben die Mitglieder auf die Bedeutung der Wahlen hinweisen.

Nur dann, wenn es gelingt, die gesamten Gewerkschaftsmitglieder für die Wahlen zu interessieren, werden diese ersten Gewerkschaftswahlen zu einem Erfolg der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Provinz Sachsen
Organisations-Abteilung
gez. Wolfgramm 60. Röllier

haftet mit vielen Schwächen. Die größte Revolution in der deutschen Geschichte, nämlich die Bodenreform ist zu Ende gebracht.

Damit ist die Gipfelpause der Reaktion, die gerade unter den Junkern üppig gedeiht, mit der Wurzel herausgerissen. Den zweiten Heerd der Reaktion räumen wir jetzt durch die Schulreform aus. Wir hatten große Sorge vor dem Winter. Aber wie durch ein Wunder hat sich die Ernährungslage gebessert und wir wissen, daß wir den Anschluß an die neue Erde finden werden. Wir wollen gern zugeben, daß wir das alles nur mit Hilfe der Besatzung erringen konnten. Aber diese Erfolge waren doch nur möglich durch den gemeinsamen Weg und

durch die gemeinsamen Aktionen der beiden Arbeiterparteien.

Die Reaktion hat große Sorgen, sie fürchtet eine einheitliche deutsche Arbeiterpartei. Dieser heimtückische Feind ist noch nicht vernichtet. Heute versucht man die Männer, die die schwere Bürde des Wiederaufbaus auf sich genommen haben, schon wieder bei der urteillosen Masse in Mitleidenschaft zu bringen. Heute streut man Gerüchte aus, um die Unruhe in der Bevölkerung wach zu halten. Erregt man sich nicht, daß in Nürnberg nur die Hauptverbrecher auf der Anklagebank sitzen, daß aber ihre Güntlinge und Helfer noch frei herumlaufen. Vergessen wir vor allen Dingen nicht, daß auch die Macht des Monopolkapitals noch nicht ganz gebrochen ist. Wollten wir die Spaltung vermeiden, so wird sich die Reaktion in diesen Riß wieder einschleichen, den Riß verbreitern und die beiden Arbeiterparteien immer weiter auseinanderbringen.

Die Bahn ist frei für eine ehrliche Willensbildung der deutschen Arbeiterklasse, wie überhaupt des deutschen Volkes. Noch ist Deutschland durch die einzelnen Besatzungszonen getrennt. Noch ist Deutschland von der übrigen Welt durch einen Vorhang getrennt.

Als Sozialisten werden wir niemals den Anschluß an die hochkapitalistischen Länder des Westens suchen, sondern unsere Orientierung geht aus innerster Überzeugung nach dem Osten.

Unendlich große und schwere Aufgaben sind der deutschen Arbeiterklasse gestellt. Grotowohl sagte einmal: „Die Ideen der Freiheit, aber auch der Verantwortlichkeit des Staatsbürgers für seinen Staat sind in den Händen der deutschen Arbeiterklasse am besten aufgehoben.“

Voraussetzung dazu ist die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse.

Wir verlangen Verantwortungsgefühl. Aber in der politischen Alltagsarbeit mit ehrlichem Herzen und aus vollster Überzeugung die Einigung zu verwirklichen suchen — das ist eine hohe und heilige Aufgabe — und sie ist bitter und nicht. Trennungswände, die noch vorhanden sind, und die sich auf persönliches Gebiet beziehen, müssen beseitigt werden. Die Entscheidung von Halle zeigt den Weg dazu. Deutliche Worte über die Notwendigkeit der Einheit der deutschen Arbeiterklasse findet die Berliner Entscheidung der beiden Parteien. Auch wir, die deutsche sozialistische Partei der deutschen Arbeiterklasse aussehen soll, darüber unterrichtet uns die gleiche Entscheidung: Engels sagt in seiner Kritik zum Gothaer Programm der SPD:

„Eh' neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgeplante Fahne — und die Außenwelt beurteilt danach die Partei.“ Und ein Programm ist die Entscheidung von Berlin. Ich bin überzeugt, mit diesem Programm können wir den Kampf um Deutschlands schon aufnehmen. Warum erwähnt die Entscheidung „das Eisenacher Programm und nicht das Gothaer oder Heideberger Programm? Weil im Eisenacher Programm unverfälschter Klassenkampf geordert wird.

Die Rede des Genossen Koenen, KPD

Zu den trefflichen Ausführungen meines Freundes Bruno Böttge hätte ich nichts hinzuzufügen. Jetzt und in Zukunft muß es aufhören, daß die einzige Aussinandersetzung den Weg der Zukunft verlegen werden. Damit muß Schluß gemacht werden. Wenn Böttge sagte, wir wollen nicht in der Vergangenheit kramen, so hat er Selbstkritik geübt. Ich will auch hier noch einmal unterstreichen, daß es auch nicht gelungen ist, die wichtigsten taktischen Möglichkeiten zu finden, die schließlich die Einheit der Arbeiterklasse herbeiführen hätten und durch die wir in der Lage gewesen wären, die Katastrophe zu verhindern. Die einzige Möglichkeit, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, war uns nicht gelungen. Umsomehr müssen wir jetzt und für alle Zukunft die Schlussfolgerung daraus ziehen, daß wir jederzeit alles tun müssen, um diese Einheitsfront herzustellen und zu festigen.

Die Lehren, die wir alle gezogen haben, besonders aber die Arbeiterpartei in dem Bericht, den sie in der Sitzung der Hitlerfachschaft, sind nicht vergessen. Wir können sagen, daß mit der Niederschlagung des Hitlerfaschismus durch die siegreiche Rote Armee und ihre Alliierten die deutsche Arbeiterklasse vom ersten Tage an gezeigt hat, daß sie den Weg der Einheit und Monats gemeinsamen Kampfes, gemeinsamen Ringens um den Aufbau.

Acht Monate Aktionseinheit haben uns gelehrt, den Weg zur Einheitspartei zu finden. Alle griffen sie zu und ergriffen die Gelegenheit, um die Arbeiterschaft in die Führung der Nation zu bringen. Die von einigen Zehntausend begonnene Aktionseinheit der alten gewerkschaftlichen Verbände hat sich in unserer Provinz erweitert zu einer halben Million Mitglieder der FDGE. Diese Tatsache, dieses Zupacken, dieses an-Überspitze-treten, das heute schon alle übrigen Schichten des deutschen Volkes, vor allen Dingen den Bauern, den Kleinrentnern, den Kleinrentnern eine bestimmte Achtung abgerungen im

Die Entschließung von Berlin sagt weiter: „Die baldige Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung ist eine dringende nationale Notwendigkeit, denn wie jede Zerklüftung in unseren Reihen die Aufspaltung Deutschlands befeuert, so bedeutet jeder weitere Schritt zur Festigung der Arbeiter-einheit die Stärkung der Einheit Deutschlands. Und wie notwendig das ist, zeigt uns die Entwicklung im Westen Deutschlands. Separatistische Bestrebungen, wie sie dort zu Tage treten, müssen in ihren Anfängen begegnet werden. Das geschieht am wirksamsten durch eine einheitliche kraftvolle deutsche Arbeiterpartei.“

Der deutschen Arbeiterklasse ist die Aufgabe gestellt, die 1918 versäumte Schaffung eines zivilen demokratischen Staates nachzuholen. Hier hilft nur die demokratische Selbsterziehung des deutschen Volkes unter der Führung der geeinigten deutschen Arbeiterklasse.

Föderalismus müßte ebenso zum Sammelpunkt reaktionärer Kräfte und zu einer zukünftigen Friedensgefahr werden. Die Einigung Deutschlands auf den Spitzen der Bajonette durch Bismarck.

Das deutsche Volk hat heute, um mit Friedrich Engels zu sprechen, „Nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen (also das Reich nicht in Einzelstaaten aufzulösen), sondern die die notwendige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.“ Kraftvoller Träger dieser Bewegung von unten wird und muß die einheitliche deutsche sozialistische Arbeiterpartei sein.

Mit Demagogie und Verlogenheit haben



Wir bauen auf! Der erste Guß

Finsterlinge das deutsche Volk zum Kampf und Sterben im Interesse einer kleinen Gruppe imperialistischer und nazistischer Parteilichen Arbeiterklasse wollte das ganze Volk mit sich ins Grab hineinreißen, aber wie sagt die Entschließung zum Schluß:

Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an.

Ein altes Sprichwort: „Schmiede das Eisen, solange es warm ist!“ In der Schmiede des deutschen Volkes wird die deutsche Arbeiterklasse der Amboß, sondern der Hammer sein, der unserm Vaterlande neue Formen gibt, und der das Schicksal unseres Volkes neu gestaltet. Der starke Arm aber, der den Hammer in kräftiger Faust schwingt, sei

Die einigte sozialistische marxistische deutsche Arbeiterpartei!

Sinne der Arbeiterklasse. Wir können uns nur noch auf eine Führung im deutschen Volke verlassen, das ist die Führung der deutschen Arbeiterklasse (Beifall). In den Freien Gewerkschaften haben wir die einheitliche Organisation der Arbeiter geschaffen.

Auch die beiden Bezirksleitungen der SPD und KPD haben in vielen Besprechungen alles mögliche dazu beigetragen, um die beiden Parteiorganisationen der Arbeiter sich näher zu bringen. Wir haben in der ganzen Zeit ein freundschaftliches Zusammenarbeiten der beiden Bezirks- und Provinzleitungen gehabt und dieses Zusammenarbeiten hat gute Früchte getragen, besonders in der Führung des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Aus der nationalen Katastrophe Deutschlands heraus sehen wir die ersten Erfolge. Wir sehen vor allen Dingen, daß in dem sowjetisch besetzten Gebiet heute schon festgestellt werden kann, daß die Arbeiterbewegung jenseits und diesseits der Demarkationslinie eine einheitliche und geschlossene Bewegung ist (Beifall).

Alle Nachrichten, die wir bekommen aus der Westzone, aus dem Ruhrgebiet, aus Hannover, aus Frankfurt, Stuttgart u. a. Orten zeigen, daß dort immer wieder die Mitglieder der SPD und der KPD und in der Mehrzahl auch die Bezirksleitungen beider Parteien stets von neuem zum Ausdruck bringen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse und die Schöpfung der Einheit der Arbeiterparteien (Beifall). Das ist und wird sein die

Garantie der Einheit der deutschen Nation.

Bei manchen Aussprachen mit einzelnen Genossen gewannen wir den Eindruck, daß eine gewisse Angst vorliegt. Wenn beide Parteien zusammenkommen, könnte jemand seine Funktion los werden. Ich möchte hier nur sagen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Wo sollen wir all die politischen und kulturellen Kräfte und Funktionäre hernehmen, um die ganze Aufgabe der Nation lösen zu können? Die Erfolge der letzten 8 Monate zeigen uns,

Die Einheit in den westlichen Zonen

München (SNB). Unter dem Titel „Für das demokratische Deutschland“ bringt der amerikanischen Nachrichtendienst folgende Mitteilung über eine Versammlung der Kommunisten in München.

„Die Kommunistische Partei veranstaltete im Zirkus Krons eine Neujahrsversammlung, bei der 4000 Münchener anwesend waren und Ludwig Ficker, Staatssekretär des Bayerischen Innenministeriums, der Sekretär der Kommunistischen Partei Fritz Sperling und Albert Buchner, Ministerialdirektor der Württemberg-Provinzialverwaltung, Reden hielten.“

Unter stürmischem Beifall der Versammelten forderten sie die Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Parteisekretär Sperling forderte die Durchführung der Bodenreform, die das Land für die Umsiedler und Flüchtlinge freimachen und die Träume der Landarbeiter und Kleinbauern von einem sorglosen Leben auf eigener Scholle als freie Eigentümer wahrnehmen soll.

Staatssekretär Ficker legte die Aufgaben der Kommunisten in der bayerischen Regierung dar und unterstrich, daß die Kommunistische Partei alle ihre Kräfte dem demokratischen Wiederaufbau Deutschlands widmen wird. Er forderte eine Gesetzreform über die Angestellten und über die Erschließung der hohen Posten für alle Angestellten.“

Wiesbaden (SNB). Wie der britische Nachrichtendienst meldet, wurde bei der Versammlung

der Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Wiesbaden beschlossen, alle Fragen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in einer gemeinsamen Kommission aus Vertretern beider Parteien zu beraten. Die nach Vereinbarung mit der Leitung von der Kommission angenommenen Beschlüsse sind für die Mitglieder beider Parteien bindend. Bei der Versammlung sprach im Namen der Sozialdemokraten der Innenminister von Groß-Hessen, Hans Venedy und im Namen der Kommunistischen Partei der Arbeitsminister Oskar Müller.

Die Arbeiterparteien in München

München (SNB). Nach einer Meldung des britischen Nachrichtendienstes erklärte der kommunistische Parteisekretär Karl Feuerer in einem Interview zur Frage der geplanten Vereinigung von SPD und KPD, daß der Entwurf einer Aktionsgemeinschaft bereits im Dezember bei der Militärregierung zur Genehmigung eingereicht worden ist. Die Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß diese Aktionsgemeinschaft den Auftakt zur Verschmelzung beider Parteien bilden soll. Der sozialdemokratische Bürgermeister Thomas Wimmer faßt den Standpunkt seiner Partei in der Erklärung zusammen: „Jede bedeutsame Frage, auch die einer Aktionsgemeinschaft mit einer anderen Partei, muß von den Parteinstanzen des ganzen Landes Bayern entschieden werden.“

sie von vornherein mehr oder weniger mit der einen oder anderen Arbeiterpartei verachsen sind.

Auch darüber ist viel gesprochen worden, daß unsere Einheitspartei eine selbständige, eine unabhängige, eine deutsche Arbeiterpartei im sozialistischen Sinne sein muß (Beifall).

Niemand kann daran zweifeln, niemand wird daran zweifeln, daß das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse ihren eigenen Weg zum deutschen Sozialismus gehen werden (Beifall).

Es gibt für uns nur einen Weg, der zum Sozialismus führt und wir müssen diesen Weg benutzen.

Der deutsche Weg wird ein anderer sein, als der russische Weg. Aber der deutsche Weg ist schon ein anderer geworden. Der russische Weg hat zum Sozialismus geführt, der deutsche Weg nicht.

Genosse Koenen erläutert das ausführlich und fährt dann fort:

Nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus ist Deutschland in eine Katastrophe geraten und befindet sich in dem Zustand der völligen staatlichen Unselbständigkeit. Wir sehen, daß die Voraussetzung für die Wege zum Sozialismus in Deutschland vollkommen andere sind, als in Rußland. Allein die Hinweise sollen doch für jeden klar sein, um zu erkennen, daß

In Deutschland der Weg zum Sozialismus ein deutscher Weg ist.

Wenn Gen. Böttge erklärte, in Deutschland, wo alles zu spät kommt, da stehen wir vor der Aufgabe, einen Weg zu finden, der zum Ziele führt. Wir können nur unterstreichen, daß wir genau so den Weg suchen, den die Arbeiter zum Sozialismus. Wir wissen nicht, auf welchem Wege wir in Deutschland zum Sozialismus kommen werden, aber eins wissen wir, wir brauchen

- 1. eine einheitliche marxistische Arbeiterpartei (Beifall),
- 2. brauchen wir eine kämpfwillige, entschlossene und klassenbewußte Arbeiterklasse,
- 3. brauchen wir ein engstes Bündnis der Arbeiterklasse mit den Massen der Bauern und der Schaffenden überhaupt,
- 4. brauchen wir dazu als das Dringendste eine antifaschistische Demokratie, eine Grundfrage, auf der die Arbeiterbewegung sich hemmungslos entwickeln kann.

Eine weitere Frage, die immer in den Kreisen der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder eine Rolle gespielt hat und die nun geklärt werden muß, daß ist die Frage der innerparteilichen Demokratie, das eine wahre kämpferische Demokratie herrschen muß.

Dadurch, daß wir unsere Einheitspartei vorbereiten, bereiten wir unsere Führung der Nation vor, d. h. also, diejenige politische Bewegung, die politische Partei, die in der Zukunft die Hauptverantwortung übernimmt für die politische Gestaltung in Deutschland. Sie muß die gesamte Gesetzgebung vorbereiten. Diese Partei muß in der Lage sein, in ihren eigenen Reihen die selbstgeschaffenen Gesetze rücksichtslos durchzuführen und zu erfüllen (Beifall).

Unsere neue Arbeiterpartei muß die staatsbildende Partei sein.

die die äußersten Fähigkeiten bei gleichzeitig rücksichtsloser Befolgung des sozialistischen Zieles mitbringt. Um dies zu erreichen, muß in der Partei absolute Meinungsfreiheit bestehen. In der Mitgliederversammlung muß das Mitglied nicht nur seine Meinung sagen können, in der Mitgliederversammlung muß er verlangen, daß alle Mitglieder, die eine andere Meinung haben, diese Meinung aussprechen. Durch die Aussprache verschiedener Meinungen ist allein die Möglichkeit gegeben, der Partei eine einheitliche ideologische Ausrichtung zu erteilen. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung, der verantwortlichen Leitung, müssen durchgeführt werden. Das was von der Mitgliedschaft zum Beschluß erhoben wurde, gilt für alle. Darauf kommt es an, daß alle Parteimitglieder auch in dieser Beziehung ein Beispiel geben für die neue antifaschistische Demokratie.

Als marxistische Partei muß unsere Partei wirklich die bewußte, die organisierte, die kämpferische Vorhut der gesamten Arbeiterklasse sein. Wir müssen überall in den Be-

Aus Schutt und Trümmern wächst die neue Stadt

Heute abend

Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung

Es war schon in normalen Zeiten üblich, daß die Stadtverwaltung ihren Bürgern zum Jahresende eine Rückschau auf die während des verflohenen Jahres geleistete Arbeit gibt. Dieser Rückblick würde jedesmal mit besonderem Interesse von der Öffentlichkeit erwartet. Das Schicksalsjahr 1945 brachte unserer Stadt unwägbare Erscheinungen, so daß die Bürgerschaft zum jetzigen Jahreswechsel mit Recht in besonderer Spannung einen Bericht darüber erwartet, wie die neuen Männer in den 8 Monaten versuchten und leisteten, seit sie die Geschehnisse der Stadt leiteten.

Ursprünglich sollte dieser Jahresrückblick in einer erweiterten Stadterordnetenversammlung im August-Bebel-Haus gegeben werden. Die Stadtverwaltung hat sich jedoch entschlossen, diesen Rechenschaftsbericht seiner besonderen Bedeutung wegen in diesem Jahr in Form einer großen öffentlichen Kundgebung vor der Öffentlichkeit zu erstatten. Alle Einwohner der Stadt Halle werden nochmals auf diese bedeutsame Veranstaltung heute 19 Uhr im „Volkspark“ hingewiesen.

einer Besprechung am 22. April vorigen Jahres der Bauwirtschaft grundlegende Richtlinien für die Aufgaben der Zukunft gegeben. Zu diesem Zeitpunkt waren sämtliche Baustoffe und Glas beschlagnahmt, um die noch abzuwickelnde Arbeit vor der Öffentlichkeit zu erstatten. Alle Einwohner der Stadt Halle werden nochmals auf diese bedeutsame Veranstaltung heute 19 Uhr im „Volkspark“ hingewiesen.

Trotz allem ist es gelungen, bis heute 3000 Wohnungen wieder instandzusetzen und bewohnbar zu machen, mußte der heutigen die sich durchaus sehen lassen kann. Um weiteren Wohnraum zu schaffen, wurde der Dachausbau gefördert und vorangetrieben. Die früher gehörte Auffassung, daß Dachwohnungen gesundheitswidrig seien, mußte der heutigen gebunden weichen, daß ein Dach über dem Kopf immer noch besser ist als gar keines. Es liegen bereits über 700 Anträge auf Ausbau von Dachwohnungen vor, ein Zeichen, daß viele Einwohner unserer Stadt diese Auffassung wohl begriffen haben.

Als Ausgleich für den Ausfall so vieler Wohnungen werden aus den industriell neu erzeugten Bauteilen, die ihren Ursprung im Trümmerschutt vom Roßplatz haben, neue vierstöckige Mietshäuser

erstanden. Die im hellen, lichten Stil gehalten sein werden und deren Wohnungen — etwas völlig neues für Halle — in das Eigentum ihrer Besitzer übergehen. Das nächste Ziel der Bauverwaltung ist, 1000 Wohnungen aus Trümmerschutt zu erstellen. Darüber hinaus läuft ein bereits genehmigtes Projekt, das vorsieht, 94 Umsiedler, die natürlich nach antichristlichen Gesichtspunkten ausgewählt werden, ein eigenes Heim zu geben.

Noch mancherlei von den Projekten und Plänen unserer Stadtverwaltung für die kommende Zeit erfahren wir, die so mannigfaltig sind, daß sie einer einzelnen Würdigung zu gegebener Zeit vorbehalten bleiben müssen. Die Bevölkerung der Stadt Halle kann jedenfalls die Gewißheit haben, daß die Städtische Bauverwaltung alles daransetzt, um in der kürzesten Zeit die Wunden, die uns der verheerender Hitlerkrieg geschlagen hat, zu heilen. LI.

haben. Hat sie auch: Zwei Männer kommen aus dem brasilianischen Urwald und wollen wieder zurück. Natürlich mit zwei Berlinerinnen! Also eine „Glückliche Reise“ in die „Glückliche Reise“! Alles sehr „illusionen-, roman- und operettenhaft.“ Ein kleines Phantasieereignis eben echte Operette! Man weiß, daß auch die Texte und Handlungen der zukünftigen Operetten anders aussehen müssen. Sie dürfen nicht die Stiefkinder der neuen Zeit bleiben. (Lehr! hat schon vor vielen Jahren mit seiner Operette „Eva, das Fabrikmädel“ den Anstoß für das sozial-reale Gebiet gegeben.) Auch die leichte Muse hat Verpflichtungen an die Gegenwart. Sie kann deshalb doch unterhaltsam bleiben. Die Zukunft wird es lehren und beweisen müssen!

VIII. Die „Glückliche Reise“ wurde in Halle dementsprechend „glücklich“ geleitet. Die Feier galt den sinnfälligen, längst ins Volk übergegangenen Melodien, dem Komponisten selbst, der effektvollsten Ausstattung und dem unbeschwerlichen, leicht geschürzten Spiel der Bühnenkräfte...

IX. Und nun warten wir auf das, was im Programmheft, in dem Artikel „Eduard Künneke und die deutsche Operette“ angekündigt ist: Auf die Aufführung eines neuen Singspiels des Meisters Künneke in Halle!

X. Schließlich muß die „Glückliche Reise“ noch einen handlungsmäßigen Inhalt und Vorgang

C. J.



Ballettmeisterin Marlis Grän'rig in ihrem Solozug

Opfer gefallen sind. Es sind dies Uhren, Ringe und Schmuckstücke oder andere Wertgegenstände, die alle gesammelt und registriert werden, und jeder, der sein rechtmäßiges Eigentumsrecht nachweisen kann, bekommt seinen Besitz ausgehändigt.

Seit dem 1. Februar ist der Bezirk IV freigelegt sein wird, wird man daran gehen, das was in der betroffenen Süden unserer Stadt in gleicher Weise aufzuräumen. Die Aufträge für die Trümmerbeseitigung und für den Wiederaufbau sind an eine

Arbeitsgemeinschaft von 12 Baufirmen vergeben worden, die seit Dezember vorigen Jahres bereits ihre Weisung hatten, am 1. Februar des neuen Jahres den Neuaufbau der zerstörten Stadtgebiete in Angriff zu nehmen. Für die Beseitigung der Trümmer ist von der Stadtverwaltung ein Betrag von 700 000 RM bewilligt, der wachsende Bedingnisse eingesetzt und genehmigt worden ist, so daß die finanzielle Seite des Projektes gesichert ist.

Bei der Wiederherstellung und Instandsetzung der zerstörten Gebäude hat sich die Bauverwaltung von der Vordringlichkeit und der unbedingten Notwendigkeit der jeweiligen Bauleistungen leiten lassen. In erster Linie mußten die Gebäude und die Räume neu erstellt werden, die zur Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Dingen nötig waren, z. B. Krankenhäuser, Arztwohnungen, Lebensmittelbetriebe und -geschäfte, während alles andere, was nicht unbedingt mit Leben erforderlich war, bleiben mußte. Deshalb wurde die Genehmigung zur Wiederherstellung bis jetzt auch nur einem Kino in der Stadt erteilt.

Zu den vordringlichen Gebäuden gehören natürlich auch die Verwaltungen mit ihren Dienststellen, die für den reibungslosen

„Das Essen schmeckt prima!“ Regier Zspruch bei der Volkspesung

St. Nikolaus! Ueber dem Eingang prangt ein großes Schild: „Volkspesung“. Ein älteres Mütterchen kommt uns entgegen. „Na, wie schmeckt das Essen?“, „Oh, prima!“ lautet die fröhliche Antwort, und ein zufriedenes Lächeln überfließt das runzlige Gesicht.

Seit dem 7. Dezember ist in Halle die Organisation der Volkspesung angefallen, zuerst mit einer Ausgäbe „St. Nikolaus“, später mit einer zweiten im „Volkspark“. Das Ziel ist, für die bedürftigen Bevölkerung eine Erleichterung durch Verabreichung eines marktfreien Mittagessens zu schaffen. Gegen Vorliegen der Lebensmittellkarte VI erhält jede Person Essen zum Preise von 35 Pf. Auf diese Weise werden in den beiden Gaststätten täglich je 600-700 Portionen ausgegeben.

Das Publikum besteht im allgemeinen aus „Heimessern“. Für Leute, denen diese Möglichkeit fehlt, besteht Gelegenheit, das Essen an Ort und Stelle einzunehmen. Zu diesem Zweck steht im „St. Nikolaus“ ein Saal, im „Volkspark“ ein größerer Raum zur Verfügung. Da aber auch letzterer durchaus ausreichend ist, für die Zukunft zu überlegen, ob in diesem Falle nicht ein geheizter Raum vorteilhafter wäre als ein ungeheizter Saal, besonders da die kalte Jahreszeit noch bevorsteht.

Im „St. Nikolaus“ bewährte sich die Ausgabe von Zehnmarken mit täglicher Erbberechtigung nicht, da sich die Besitzer derselben im Vertrauen auf die Aussicht übermäßig Zeit nehmen und die übrigen warten mußten, bis der letzte Nachzügler abgefertigt war. Diese und

Gang des Ablaufs unseres wirtschaftlichen Lebens ist sind. So sind zur Zeit im Ratshof die städtischen Dienststellen wieder in ihren Räumen untergebracht, wenn auch nur die allerunvermeidlichsten Reparaturen vorgenommen werden konnten. Das Grundprinzip der Stadtverwaltung heißt: Jeder Sack Zement, Gips und Kalk ist lebensnotwendig, die auch nur zu benotigten Aufgaben verwendet werden darf.

Selbst ist der Mann Eine neue Verordnung, die in Vorbereitung ist, besagt, daß jeder, der Trümmer zu beseitigen hat, dies bis zum 1. Februar selbst zu erledigen hat. War es bis zu diesem Termin nicht zu schaffen, dann wird der Schutt mit Hilfe der Stadtverwaltung beseitigt. Der Schutt selbst geht in das Eigentum der Stadtverwaltung über, die eine angemessene Entschädigung nach dem Werte des Trümmerschutts zahlt. Ueber die Frage, ob ein Grundstück abgerissen werden soll oder nicht, entscheidet eine Fachkommission, ebenso obliegt die bauliche Gestaltung der neuen Gebäude der Stadtverwaltung, die darüber im Hinblick auf das organische Ganze ihr letztes Wort zu sprechen haben wird.

Es liegt natürlich klar auf der Hand, daß sich dem Projekt des Wiederaufbaus der Stadt Halle auch erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, die einerseits in der Transportfrage und andererseits in dem bestehenden Facharbeitermangel zu suchen sind. Wir sind heute so gesteuert, daß wir nicht wie früher Notstandsarbeiten ausführen müssen, um die Leute irgendwie unterzubringen und ihnen eine Arbeit zu bieten.

Planvolle Vorsorge auf weite Sicht Die Stadtverwaltung hatte deshalb auf weite Sicht schon Vorsorge getroffen und in

ähnliche kleine Mängel der Organisation, die sich aus der Praxis ergeben, sind erkannt und werden beseitigt. Die Leitung der Volkspesung wird selbstverständlich das ihre Bestreben sein, die Verwaltungen mit Hilfe der Bevölkerung aber muß die Einsicht verstanden werden, daß sie die Volkspesungsstätten denen überläßt, die sie wirklich nötig haben.

Man muß sich vor Augen halten, was für Schwierigkeiten zu überwinden sind, wenn man eine Arbeit zu schaffen, wo sie kann, von der Organisation ins Leben zu rufen und sie Tag für Tag weiterzuführen. In Zukunft werden alle beteiligten Kräfte weiterhin eng zusammenwirken, damit nicht nur die beiden vorbestehenden Volkspesungsstätten erhalten bleiben, sondern noch weitere ihre segensreiche Tätigkeit aufnehmen können.

Landesbühne spielt im „Volkspark“ Die Gründung der Landesbühne der Provinz Sachsen hat sich als eine Notwendigkeit erwiesen. Im neuen Jahr ist die Landesbühne fast täglich in Städten der Provinz zu Gast. Den Auftakt für 1946 bildete die Aufführung der Operette „Schwarzwalddädel“ im „Volkspark“ zu Halle. Am 9. Januar wird die gleiche Operette in Bitterfeld zur Aufführung gelangen.

Wettervorhersage bis 8. Januar, abends Trotz geringer Bewölkung früh düstern, am Tage heiter, wolkenig und trocken. Temperatur nachts bis -5 Grad zurückgehend, tagsüber auf 0 Grad ansteigend. Beschaffenheit der nächsten Tage: Fortbestand des milden Wetters mit leichten Nachfrösten.

Unverkennbar die Bestrebungen Edy Heils die „Glückliche Reise“ mit szenisch neuen Einflüssen auszumischen. Unverkennbar des Verlangens nach einem handlungsmäßig beengtem Raum, die nicht unbedenklichen Ansprüche des Bühnenbildes zu lösen. Hier hat Paul Pilowski mit übersorgamer Klugheit Erstaunliches geschaffen. Ein meisterhafter Zauberer!

V. Der personelle Anspruch der Operette entspricht der Größe der Musik. Ein Hauptteil entfällt auf die Tänze. Jeder Schlagler — mag man ihn nun Slowfox, Foxtrott, Rumba, Walzer oder Chanson nennen — hat sein tänzerisches Angebot. Im Vordergrund die Solotänze, mit der Ballettmeisterin Marlis Grän'rig an der Spitze. Die akrobatischen Figuren der Ballettmeisterin in ihrem Solotanz waren Gipfelkunst. Der Lehrmeisterin ebenfalls Margot Kell, Irmgard Danneberg und Ruth Ischer. (Famos die beiden Steppplänzerinnen.)

VI. Das gesangliche Pensum bestritten: Herbert Schoen, leicht und flüssig, etwas überfordert; Klarer und gesättigter im Ton seine Partnerin Emmy Heil, Edy Heil hat Ruth Wilke zur Partnerin. Zwei, die gleich gut singen, tanzen, spielen und damit viel vom Geschehen an sich reißen. Und Paul Herit — einfach ein echter Paul Herit, ein springelndiger „alter Herr“, einer, der in maßvoller Komik alle Situationen beherrscht. „Affen-Imitation“ im Hinblick auf den „Amazonas“ ist ein mimisches Sonder-Intermezzo! Rolf Kernwein, Hermann Dieckhoff, Kurt Aptius, Ellen Weber und Lorette Badaly haben kleinere, aber nicht undankbare Rollen. (Aus dem Rahmen fällt lediglich das anfängerhafte, sprachlich noch vollkommen ungeschulte Gebaren eines Dieter Bachmann.)

VII. Schließlich muß die „Glückliche Reise“ noch einen handlungsmäßigen Inhalt und Vorgang

Am Sonnabend fand die von uns bereits angekündigte Besprechung, bei der die Stadtverwaltung über Fragen der Trümmerbeseitigung und über Wege des Neuaufbaus, deren Ergebnisse wir folgend wiedergeben:

Im Gegensatz zu anderen Großstädten Deutschlands, die zum großen Teil ganz neu aufgebaut werden müssen, weil sie fast völlig der Zerstörung anheimgefallen sind, ist unsere Stadt Halle in der glücklichen Lage, nur ein Zehntel der Stadt durch den Bombenkrieg verloren zu haben. Der Zusammenbruch der Planung schon kurz nach dem Zusammenbruch aufgestellt wurde, braucht sich deshalb nur darauf zu beschränken, die Reste der Zerstörung — die Trümmer und den Schutt — zu beseitigen und die leeren Flächen neu zu bebauen. Aber selbst bei diesem Zehntel des bebauten Gebietes unserer Stadt wird eine sorgfältige und organische, nach völlig neuen Gesichtspunkten ausgewählte Bebauung das Stadtbild zu seinen Gunsten verändern.

Was unschön und bautechnisch falsch war, wird nie mehr entstehen in der alten Form, sondern im Rahmen des Zweckmäßigen und Nützlichen, verbunden mit dem Formschönen und Organischen, werden die neuen Straßenzeilen aus der Erde wachsen.

Mit dem 1. Februar wird der Tag gekommen sein, an dem die Stadt Halle als die universitätsreichste Großstadt Deutschlands den Anfang machen wird, die zerstörten, zehn Prozent ihres Wohnraumes wieder so instandzusetzen, daß sie wohl bald für sich wird den Ruhm in Anspruch nehmen können, die erste intakte Großstadt in der sowjetischen Zone und darüber hinaus in ganz Deutschland zu sein.

So weitblickend und vorausschauend die Planung unserer Stadtverwaltung in diesen Fragen war, so tatkräftig und radikal wird am 1. Februar die Inangriffnahme der Wiederaufbauprobleme vor sich gehen.

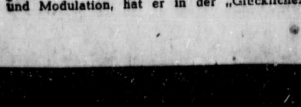
Zunächst wird man den Bezirk IV (Deutscher Straße — Magdeburger Straße) erstehen lassen. Schon in den nächsten Tagen werden Greifer, Bagger, Lokomobilen und Transportmaschinen dort eintreffen. Schienen werden verlegt und alle Vorarbeiten getroffen werden, so daß am 1. Februar die Entrümpelung dieses Viertels ihren Anfang nehmen wird, dem der Roßplatz wird zu diesem Zweck eine

Verwerfungsanlage für Trümmerschutt aufbaut, die zugleich auf messerschneidende die neuen Baustoffe für die neu zu erstellenden Gebäude liefern wird. Dort auf dem Roßplatz wird der Trümmerschutt angefahren und wird zuerst auf Fließbänder sortiert. Die noch verwertbaren Ziegelsteine werden mit Maschinen abgeputzt und stehen sofort für die Neuverwendung zur Verfügung. Aus dem Rest des Schuttes werden dann Betonträger, Hohlblocksteine und Platten hergestellt — immerhin können auf diese Weise 40-50 Prozent des Trümmerschuttes wieder zum Neubau verwertet werden. Die Eisenträger, Heizungen und Leitungsröhre sowie sämtliche anderen Baustoffe, die noch brauchbar sind, werden ebenfalls dort aussortiert und kommen für Neubauten wieder zur Verwendung.

Bei dieser systematischen Sortierarbeiten werden dann auch die Dinge zum Vorschein kommen, die bislang unter der Trümmer verborgen lagen und die den Flammen nicht zum

„Vetter aus Dingsda“ die Wege des Singspiels sind, einfach und formell harmonisch in Melodie und Modulation, hat er in der „Glücklichen

Edy Heil, Ruth Wilke und Paul Herit



Edy Heil, Ruth Wilke und Paul Herit



Auflösung der Konzerne

Der frische Lufthauch, der jetzt durch die Konkrete weht...

pm Holzweißig. Der Ortsverein der SPD...

pm Krumpa. Die SPD-Werksgruppe der Wintershall-Werke...

OS Angersdorf. Im Rahmen einer Feierstunde...

OK Wansleben. In einer Genossenschaftsversammlung...

FDGB Artern. Das Ergebnis der Sammlung 'Rettet die Kinder'...

pm Aufsdorf. Der Ortsverein der SPD und KPD...

pm Delitzsch. Der Arbeiter Karl Küster und seine Frau Bertha...

Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung...

Halle, den 7. Januar 1946 § 1 Die Zugehörigkeit zu einer Berufs-(Ersatz-)Krankenkasse...

§ 2 Versicherungsberechtigte (freiwillige Mitglieder) der Berufs-(Ersatz-)Krankenkassen...

§ 3 Die Hauptverwaltung und die Geschäftsstellen von Berufs-(Ersatz-)Krankenkassen...

§ 4 Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt...

Der Leiter der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt...

Der Einheitsgedanke in der Krankenversicherung

Im September vorigen Jahres sind in der Provinz Sachsen die Allgemeinen Krankenkassen...

Verordnung über die Anmeldung der Eisenbahntransporte

Die Sowjetische Militär-Administration hat die Anmeldung der Eisenbahntransporte...

Table with columns: Lfd. Nr., Art d. Gutes, Art u. Ans. d. Wagen, Absender, Versandbahnhof, Empfänger, Empfangsbahnhof, Tag, Bemerkungen.

Für Massengüter und sonstige Güter sind je besondere Anmeldungen einzulegen...

Jene Liebe, die draußen vor den Grenzen einer 12 Jahre lang von ihm hermetisch ab...

Nach durchersener Nacht habe ich sie vor mir auf den Tisch gelegt...

Wer hätte je gedacht, daß der fanatische internationaler Proletarier von 1919 zu einem...

Und doch ist es so. Darin liegt vielleicht die große Bedeutung Johannes R. Bechers...

Daß er uns gezeigt hat, welcher Art unsere Liebe zu unserem Volke sein muß.

Wenn ein Wunsch zu äußern ihr gestattet — Ein jeder hier schon solchen Wunsch gehabt...

Soll es nicht sein und keinesfalls gestellt. Nicht lange war man es zu sehr gewillt...

Gemeldet sei mir: 'Er litt und rang Um Deutschland, das er liebte, doch nicht minder Rang er mit sich, wobei ihm viel mißlang.'

Er trug viel Lasten, und als schwerste Last Trug er sich selbst, daran zerbrach er last. Er war ein Überlebender. Ein Überwinder.

pm Hohenrode (Krs. Delitzsch). Durch die tatkräftige Mitarbeit und Werbetätigkeit...

PL Delitz a. B. Der antifaschistische Jugendausschuß hielt einen Theaterabend ab...

PA Lochau. Die SPD und KPD veranstaltete gemeinsam eine Feier...

WR Mansfeld. Die Eröffnungsansprache des Weihnachtsmärchen-Nachmittages...

PT Benndorf (Mansf. Seelr.). Eine Weihnachtsbesprechung aller Kinder...

HM Elsterwade. Die SPD und KPD veranstaltete gemeinschaftlich im 'Gesellschaftshaus'...

OS Kleinleipisch (Krs. Liebenwerda). Die Gemeinde hält alle Kinder zu einer Weihnachtsfeier...

JS Rotteberode. Der Ortsverein der SPD veranstaltete eine Weihnachtsfeier...

WK Altranstädt. Ende Dezember wurde hier ein Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei...

der 'zeitweiligen Vorschriften' bleiben hiervon unberührt.

Für Versender in den übrigen Reichsbahndirektionsbezirken tritt zunächst keine Änderung...

Versender, die die Anmeldung von Transporten unterlassen...

Auskunft erteilen im übrigen die zuständigen Wirtschaftsbeauftragten der Stadt- und Landkreise.

Halle/Saale, den 1. Dezember 1945. Der Präsident der Provinz Sachsen...

Tübingen oder die Harmonie. Könt ich so dichten, wie hier alles klug verteilt ist...

Sollten wir uns nicht demütig vor der verinnerlichten Größe dieses bescheidenen Mannes...

Oder sollten wir uns von Ueberheblichkeit und lauter Ueberschwang...

Nein, wir gehören nicht zu jenen, von deren Extremen die lüchlerben 12 Jahre deutscher Geschichte...

Und ist diese letzthin nicht doch wahre Größe? Johannes R. Becher hat uns darauf die Antwort...

Wunsch an die Nachwelt. Wenn ein Wunsch zu äußern ihr gestattet — Ein jeder hier schon solchen Wunsch gehabt...

Soll es nicht sein und keinesfalls gestellt. Nicht lange war man es zu sehr gewillt...

Gemeldet sei mir: 'Er litt und rang Um Deutschland, das er liebte, doch nicht minder Rang er mit sich, wobei ihm viel mißlang.'

Er trug viel Lasten, und als schwerste Last Trug er sich selbst, daran zerbrach er last. Er war ein Überlebender. Ein Überwinder.

Johannes R. Becher Zu seiner Gedichtlesung am 13. Januar im Kulturhaus Halle (Saale) Ueberheblichkeit und lauter Ueberschwang passen politisch und ideologisch weder...

Jene Liebe, die draußen vor den Grenzen einer 12 Jahre lang von ihm hermetisch ab...

Tübingen oder die Harmonie. Könt ich so dichten, wie hier alles klug verteilt ist...

triben Un... Deuts... Inter... forder... hinter... auf d... Um... wir in... zwisch... einzel... gruppe... wurde... Verke... darau... Zusam... keit d... geben... um... nur G... menh... und d... wies... eine G... im G... beson... ein G... beiter... gelung... gemei... Stamm... Frage... mit g... nach... Errich... gemei... das s... tenwe... Ge... begrü... krater... aites... mistis... vertrie... Wahl... vielem... so w... wieder... deuts... schaft... schlic... Fried... sind... auf... beits... Ge... wir... Arde... dem... gar... ein... schlic... heuten... nicht... kön... eing... Reak... schen... aus... habe... antit...

Acht Todesurteile in Leningrad

Leningrad (TASS). Der Vorsitzende des Militärgerichtshofes des Leningrader Militärbezirks verkündete das Urteil gegen die 11 angeklagten deutschen Kriegsverbrecher. Sie wurden der Massenerschießungen und der Verübung von Greueltaten und Gewalttätigkeiten gegen sowjetische Zivilisten und Kriegsgelungene, des Niederbrennens und der Ausplünderung von Städten und Dörfern, des Zwangsverschleppung von Sowjetbürgern zur Arbeit in Deutschland für schuldig befunden.

Gegen die Angeklagten Erich Paul Voß und Franz Wiese lautete das Urteil auf 20 Jahre Zwangsarbeit und gegen den Angeklagten Arno Duere auf 15 Jahre Zwangsarbeit.

Das Urteil vollstreckt

Leningrad, 5. Januar (TASS). Heute wurde um 11 Uhr vormittags in Leningrad auf dem Platz vor dem Lichtspieltheater „Gigant“ das Urteil gegen die deutsch-faschistischen Verbrecher Remmigier, Strohmog, Boem, Engel, Sonnenfeld, Janicke, Skotki und Goerner vollstreckt. Die Urteilsvollstreckung fand bei den zahlreichen Werktätigen, die auf dem Platz versammelt waren, einmütige Billigung.

triben, in den Büros, in den Schulen, in den Universitäten, in allen Instituten die besten Deutschen, die bereit sind, die Interessen Deutschlands, die Interessen des Aufbaues, die Interessen des Sozialismus vertreten, aufzuerhalten, in unsere Parteien einzutreten. Man muß hinterher sein, den einzelnen zu finden, von dem wir hoffen, daß er ehrlicher Mitkämpfer auf dem Boden des Sozialismus ist.

Um das zu erreichen, fordern wir auf, daß wir in den nächsten Tagen

gemeinsame Ausschüsse schaffen

zwischen den beiden Betriebsgruppen, in den einzelnen Ortschaften, zwischen den Ortsgruppen. Dieselben Ausschüsse, wie wir sie in

der Provinz eingesetzt haben. Diese Ausschüsse müssen gemeinsame Mitglieder-Versammlungen vorbereiten, diese Ausschüsse müssen dafür sorgen, daß gemeinsame Schulungen für die ideologische Klarheit durchgeführt werden.

Diese gemeinsamen Ausschüsse müssen einzelne Fragen, die für unser Programm notwendig sind, ausarbeiten und Beschlüsse von Mitgliedern der Studienkommission in Berlin einbringen, um auch von einem Weg zu finden. Wenn wir diesen Weg gehen, dann glaube ich, daß die deutschen Arbeiter von sich sagen können, wir meistens den Aufw. (Lehnhart Beifall).

die beiden Referate

mußten. Ich glaube, man wittert schon wieder Morgenluft in gewissen Kreisen und Bezirken. Wenn wir aus der deutschen Geschichte lernen wollen, dann ist es die eine Lehre, die alles andere überschattet, nämlich daß sich das deutsche Proletariat zusammenschließen hat in einer einheitlichen, geschlossenen Partei, die mit aller Macht die Führung im antifaschistischen Block zum Wiederaufbau Deutschlands übernehmen kann. Darum Genossen, auf die Arbeit. Damit wir drei Jahre später, wenn wir seit dreißig Jahren streben für Einheit der deutschen Arbeiterklasse zum Wohle des gesamten deutschen schaffenden Volkes. (Beifall.)

Gen. Peters (Halle) brachte danach die oben wiedergegebene Entschleunigung zur Abstimmung. Er schloß mit dem Appell, die Arbeit für den Zusammenschluß aller Kräfte in den Organisationen fortzuführen. Mit dem Liede „Brüder zur Sonne, zur Freiheit...“ fand die Konferenz ihr Ende.

„Fallschirmspringer“ in Mauthausen

Die Kriegsschuld der Berufssoldaten

Nürnberger Prozeß

Nürnberg, 4. Januar (SNB)

Die Zeugenaussagen des ehemaligen SS-Brigadeführers und Generalmajors der Wehrmacht Walter Schellberg bestätigt die Mitschuld der Wehrmachtsführung an dem Vernichtungskampf gegen die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete.

Der Zeuge gibt den Inhalt der Vereinbarung zwischen der Sicherheitskommission und dem OKW wieder. Der erste Teil begann mit einem grundsätzlichen Führerbefehl, der folgendes besagte: Zur Sicherung der Kampfguppen im bevorstehenden Rußland-Feldzug soll ihnen mit allen Mitteln der Rücken frei gehalten werden. Jeder Widerstand Zeuge beider Truppe ist daher zu brechen. Zur Unterstützung des Heeres sind bei dieser Aufgabe die Sicherheitspolizei und der Sicherheitsdienst heranzuziehen. Der zweite Teil der Vereinbarung führt die Organisation der Heeresgruppen auf und bestimmt den entsprechenden Aufbau der Einsatzgruppen des SD. In einem dritten Teil wurde erläutert, was unter „Taktik“ und „Truppendienstpflicht“ zu verstehen sei. Das war, die totale Unterstellung der Einsatzgruppen des SD unter den Befehl des Heeres.

Der Verteidiger von Kaltenbrunner möchte von dem Zeugen hören, ob er Originalbefehle Kaltenbrunners zu Einweisungen in Konzentrationslagern gesehen habe. Der Zeuge bezeugt, er selbst zugegen war, als Kaltenbrunner dem Amtschef mündlich solche Befehle übergab.

Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß Kaltenbrunner mit Himmler verabredet hatte, daß ihm sämtliche Vollmachten abgenommen werden sollten und er sich lediglich auf die Nachrichtenaufgaben des SD beschränken wollte?

Zeuge: Nein, alles was ich wahrgenommen habe, bezeugt das Gegenteil.

Daraufhin wendet sich der Verteidiger Rosenbergs an den Zeugen, indem er ihn fragt: In den Reichskommissariaten galt für die Einsatzgruppen dasselbe Verhältnis wie im Reich?

Zeuge: Sollten gelten.

Der Verteidiger verzichtet daraufhin auf weitere Fragen.

Der sowjetische Richter fragt den Zeugen, ob die Funktionen des Reichssicherheitshauptamtes, die Gegner des Nazismus zu unterdrücken, nach dem Amtsantritt Kaltenbrunners dieselben blieben. Der Zeuge bezeugt das.

Hierauf fragt der englische Anklagevertreter den Zeugen, ob er sich eine Besprechung zwischen Kaltenbrunner und zwei seiner Gruppenführer im Frühjahr 1944 in Berlin, Wilhelmstraße 102, erinnere. Nachdem der Zeuge bestätigt, fragt ihn der englische Ankläger: Womit beschäftigte sich diese Besprechung?

Zeuge: Man unterhielt sich darüber, in welcher Form man die Erschießungen von etwa 50 englischen und amerikanischen Kriegsgefangenen, die bereits stattgefunden hatten, begründen wollte. Kaltenbrunner selbst machte Vorschläge.

Blick in die Welt

Reinigung in Japan

Tokio (SNB). Nach einer Returnmeldung gab General Douglas McArthur, der alliierte Oberkommandierende für Japan, Anordnungen heraus, durch die „alle Personen und Verbindungen, die Japans verräterischen und verhängnisvollen Angriff gegen den Weltfrieden gesichert, gestärkt und geleitet haben, aus der japanischen Regierung vertrieben werden.“

Die Anweisungen bestimmen ferner die Entfernung aller „unerwünschten Personen“ aus einem öffentlichen Amt oder dem Regierungsdienst und ihre Ersetzung durch „ausschließlich solche Personen, die die demokratischen Grundrechte fördern und die fundamentalen Menschenrechte respektieren.“

Erfinder der gegebenen Menschenhüte

Warschau (SNB). Der britische Nachrichtendienst meldet, daß die polnische Regierung die Auslieferung von Karl Milewski, der als der Erfinder der gegebenen Menschenhüte bezeichnet wird, bei den Besatzungsbehörden in Deutschland beantragt hat.

Milewski, der in der amerikanischen Besatzungszone festgenommen wurde, soll für den Tod von 12.500 Polen verantwortlich sein.

Beromünster (SNB). Der Beromünster Rundfunk meldet aus verschiedenen Gebieten Italiens weitere Unruhen, die als Hungerrevolten bezeichnet werden. In einzelnen Städten wurde die Schließung der großen Restaurants erzwungen.

Ankläger: Wie waren dieselben?

Zeuge: Der größte Teil sollte in Einzelzellen behandelt werden, und zwar als zugrundegegangene durch Bombardierungen, andere wegen körperlichen Widerstandes, andere bei Verletzungen auf der Flucht.

Die amerikanische Anklagevertretung zielt nun auf den Zeugen Alois Hoellriegel auf den Zeugenstand. Hoellriegel war Unterscharführer der SS in Mauthausen.

Ankläger: Haben Sie Gelegenheit gehabt, Ausrottungsaktionen beizuwohnen?

Zeuge: Jawohl, alles gesehen.

Ankläger: Haben Sie persönlich den Angeklagten Schirach im Konzentrationslager Mauthausen gesehen?

Der Zeuge identifiziert sodann den Angeklagten als die dritte Person von links in der zweiten Reihe.

Ankläger: Halten Sie Gelegenheit, Tötungen im KZ Mauthausen zu beobachten, die durch das Herabstoßen von Häftlingen von einer Klippe geschahen?

Zeuge: Ja.

Ankläger: Wie steil war dieser Abhang? Zeuge: Ich schätze 30—40 Meter.

Ankläger: Wie nannte man im Lager diese Fälle?

Zeuge: Im Lager hieß man das „Fallschirmspringer“.

Der Ankläger legt dem Zeugen ein Foto vor und bittet den Zeugen um eine Identifizierung der aus dem Foto sichtbaren Personen. Der Zeuge erkennt Himmler, den Lagerkommandanten Ziereis und Kaltenbrunner.

Nach einer kurzen Gerichtspause ergreift Oberst Taylor das Wort und erhebt die Anklage gegen den deutschen Generalstab und das OKW. Er erinnert das Gericht daran, daß der deutsche Militarismus dem Hitlerismus Jahrzehnte vorausging. Als Hitler an die Macht kam, erzieht er die Besatzungsarmee, die durch ihre Erziehung und Entwicklung nur zu bereit waren, mit ihm zusammen zu arbeiten. „Es ist kein Verbrechen“, so sagt Oberst Taylor, „Soldat zu sein, aber das Tragen einer Uniform berechtigt nicht dazu, Verbrechen zu begehen.“

Die Entfaltung der deutschen Stärke wurde durch die Zusammenarbeit der Nazis mit den Berufssoldaten erreicht. Sie unterstützten Hitler und die Nazis durch ihr technisches Können.

Letzten Endes waren die Generale der Wehrmacht des Nazismus. Man soll aber nicht glauben, daß die Generale unwillig mitgearbeitet haben. Ihre Bereitschaft, mit Hitler zu marschieren, hat sich nur gesteigert.

Oberst Taylor schilderte nun die Zusammensetzung und die Funktionen des OKW und der ihm unterstellten Organisationen. In einer ausdetaillierten Erklärung des Feldmarschalls von Brauchschik und Generaloberst Halder bezeichnen sie diese Organisationen als hauptverantwortlich für die Pläne und Politik der Wehrmacht. Vor der Durchführung militärischer Unternehmungen wurden die Mitglieder dieser Gruppen versammelt und das Staatsoberhaupt gab ihnen dann entsprechende Weisungen.

Kabinettsrat in Teheran

Teheran (TASS). Die Teheraner Zeitungen teilen mit, daß der Verkehrsminister Firuz und der Postminister Nariman zurückgetreten sind.

Habsburger Thronwärtler klagt

Oslo (SNB). Der norwegische Telegraphendienst gibt bekannt, daß Ferdinand Rolfsvaag, der kürzlich nach dem Tode seines Schwiegervaters, Kohler in Kristianstad für seinen Sohn den Erbspruch auf den Habsburger Thron anmeldete, vor Gericht Klage gegen gewisse Nachbarn einreichte. Die Klage wendet sich gegen die Beschuldigung, daß seine Familie Nazi gewesen sei und daß sein Sohn zur Wehrmacht eingezogen wurde. Rolfsvaag erhebt Schadensersatzanspruch, weil sein Einkommen auf Grund dieser Beschuldigungen gesunken ist.

Das Schicksal Horlitys

Budapest (SNB). Der frühere ungarische Regent Admiral Horthy, der vor einigen Tagen von den Alliierten Behörden entlassen wurde, ist jetzt auf Antrag der jugoslawischen Regierung wieder verhaftet worden. Die jugoslawische Regierung beabsichtigt, ihn als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen.

Verlag und Druck: „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-Gesellschaft Gf. Braunschweig, 15/17 Telefon No. N 7691. — Ausschreibung für die Redaktion des „Volksblatt“ in Halle. Telefon No. 7 691 und 24 860. Redaktionsschluß 22 Uhr. Bezugspreis 2,65 RM., durch Post 2,65 RM., zuzüglich 0,36 RM. Zustellgebühr. — 40072

Bald muß der Betrieb wieder lauten

Kurznachrichten aus Nürnberg

Nürnberg (SNB). Wie der amerikanische Nachrichtendienst mittelt, glaubt der amerikanische Hauptanklagevertreter Jackson, daß der Prozeß bis Ende April dauern wird.

Dr. Hans Max, der Verteidiger des Angeklagten Ströwerer, hat in den ersten Sitzungen im neuen Jahre noch nicht teilgenommen, da ihm seine gesamte Garderobe bei einem Überfall mehrerer bewaffneter Banditen auf seine Wohnung in Schwab, einem Vorort Nürnbergs, geraubt wurde.



Es muß alles möglich sein!

Denkmal für die Opfer von Buchenwald

Weimar (SNB). Der ehemalige KZ-Häftling Werner Beckert hat nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald die Zustände in diesem Lager in einer Broschüre geschildert. Die Reimnahmen aus dem Vertrieb der Broschüre stiftete der Autor und Verleger für die Errichtung eines Denkmals für die 51.000 Opfer des Naziterrors in Buchenwald.

An dem Denkmal wird bereits auf dem alten Friedhof in Weimar gearbeitet. Voraussichtlich wird es am 11. April 1946, dem Jahrestage der Befreiung des Lagers, enthüllt und der Stadt übergeben werden.

Provinz Rheinland—Hessen-Nassau

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, fand am 2. Januar in Koblenz eine feierliche Sitzung im Zusammenhang mit der Schaffung der neuen Provinz Rheinland-Hessen-Nassau statt. In der Provinzialregierung, an deren Spitze der Oberpräsident Dr. Wilhelm Böhm steht, sind alle vier Parteien des Rheinbezirks vertreten.

Todesurteile gegen belgische Verräter

London (SNB). Nach einer Meldung des Londoner Rundfunks wurden in Brüssel neun Belgier von einem Militärgericht zum Tode verurteilt. Sie hatten während der deutschen Besetzung den gleichgeschalteten Sender Brüssel geleitet. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen zu lebenslänglichem Zuchthaus, zwei Angeklagte zu je 20 Jahren Zuchthaus verurteilt.

